

# PRESSEMITTEILUNG

## Stiftung nimmt Prüfungsbericht des Bundesrechnungshofs zur Kenntnis

Potsdam, den 03. Februar 2022

Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam nimmt die Prüfung der durch die BKM vorgenommenen Zuwendungen für den Wiederaufbau des Potsdamer Garnisonkirchturms durch den Bundesrechnungshof (BRH) zur Kenntnis.

Die Stiftung ist überzeugt davon, dass BKM die zuwendungsrechtlichen Vorschriften beachtet, sie das ihr eingeräumte Ermessen pflichtgemäß ausgeübt und dadurch den wiederholt bestätigten parlamentarischen Willen des Haushaltsgesetzgebers umgesetzt hat.

Die Stiftung arbeitet konzentriert und aktiv am Wiederaufbau des Garnisonkirchturms sowie an der angestrebten Aufarbeitungs- und Versöhnungsarbeit. Für diese große Doppelaufgabe hat die Stiftung bisher beachtliche Mittel einwerben können. Sie sieht sich zugleich vor der Aufgabe, diese Bestrebungen fortzuführen. Hinsichtlich der besonderen Geschichte der Garnisonkirche wird deutlich, dass es mehr als gute Gründe gibt, eine Förderung dieses exponierten Lernortes preußischer, deutscher und europäischer Geschichte durch BKM zu realisieren, fortzuführen und weitere Partnerinnen und Partner dafür zu gewinnen.

Maria Zach



**Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V.**  
*Vorsitzender*  
Prof. Dr. Matthias Dombert

**Nagelkreuzgemeinde Garnisonkirche Potsdam**  
*Assistent des Pfarramts*  
Matthias Kasparick

Telefon: 0331.97931947  
Telefax: 0331.2011831  
[assistent-pfarramt@garnisonkirche-potsdam.de](mailto:assistent-pfarramt@garnisonkirche-potsdam.de)

**Stiftung Garnisonkirche Potsdam**  
*Kommunikationsvorstand*  
Wieland Eschenburg

*Verwaltungsvorstand*  
Peter Leinemann

*Theologischer Vorstand*  
OKR Martin Vogel

*Pressereferentin*  
Maria Zach

Gutenbergstraße 71/72  
14467 Potsdam

Telefon: 0331.5058168  
Telefax: 0331.6012265  
[presse@garnisonkirche-potsdam.de](mailto:presse@garnisonkirche-potsdam.de)

[www.garnisonkirche-potsdam.de](http://www.garnisonkirche-potsdam.de)

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages